

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Versuch eines ökonomischen Modellansatzes bei multipler wirtschaftspolitischer Trägerschaft

Rausch, Günter

1973

V. Die Erweiterung des modelltheoretischen Ansatzes

[urn:nbn:at:at-ubi:2-1237](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:at:at-ubi:2-1237)

V. DIE ERWEITERUNG DES MODELLTHEORETISCHEN ANSATZES

=====

Die bisher dargestellten Erklärungsversuche wirtschaftspolitischer Vorgänge werden der Realität insofern nicht gerecht, als sie die Ermittlung der exogenen Variablen (der Randbedingungen) unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Instanz mit umfassender Machtbefugnis sehen. Die wirtschaftspolitischen Vorgänge sind aber dadurch gekennzeichnet, daß mehrere Instanzen an der wirtschaftspolitischen Willensbildung mitwirken. Unterstellt man aber eine multiple Trägerschaft, so versprechen die oben genannten Methoden zur Festlegung der exogenen Variablen, nämlich Extrapolation und policy simulation wenig Erfolg. Der tatsächliche quantitative Wert der exogenen Variablen ist eine Folge des Ausgleiches der sozialen Interessen im Rahmen des Sozialprozesses. Bei diesem Prozeß spielt nicht nur die Interessenkonstellation der wirtschaftspolitischen Träger eine Rolle, sondern darüber hinaus auch die Machtsituation. Der Gedanke, diesen Prozeß durch eine theoretische Konstruktion, ohne die entsprechende Ziel-Mittel-und Machtanalyse, vorwegzunehmen, ist bestechend aber kaum reali-

stisch¹⁾.

Wir wollen daher eine Erweiterung des bisher dargestellten Modellansatzes insofern durchführen, als wir die Problematik der multiplen wirtschaftspolitischen Trägerschaft mit in die Modellanalyse einbeziehen. Die Einbeziehung der multiplen Trägerschaft durch die Präferenz- und Machtstrukturen dieser Träger soll dann eine realistischere (problemrelevantere) ökonomische Erklärung ermöglichen als es Modelle mit einer zentralen Entscheidungsinstantz vermögen.

5.1. Die Problematik bei multipler wirtschaftspolitischer Trägerschaft

Dezentralisierte Systeme sind gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Entscheidungsträgern, die über Macht verfügen (die psychologische, wirtschaftliche oder politische Mittel einzusetzen vermögen).

1) Vgl. ALBERT H., Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied 1967, S. 126 f. und MESSELKEN K., Politbegriffe der modernen Soziologie, Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie, 2.Aufl., Köln/Opladen 1970, S.153

Sie verfügen neben dem obersten Träger der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Regel noch über viele öffentlich-rechtliche Träger der Gliedstaaten, Selbstverwaltungskörperschaften und private Träger (Kartelle, Gesellschaften), die als Akteure der Wirtschaftspolitik aktiv tätig sind¹⁾.

Der oberste Träger der Wirtschaftspolitik setzt daher die Ziele der Wirtschaftspolitik nicht autonom fest, sondern die tatsächlichen Ziele des wirtschaftspolitischen Handelns resultieren vielmehr aus einem Prozeß fortgesetzter Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Akteuren der Wirtschaftspolitik²⁾.

Somit ergeben sich bei pluralistischer Trägerschaft folgende Probleme:

- a) Die Akkordierung des Wissens über ökonomische Beziehungen und über den Wert der einzusetzenden Mittel gelingt nicht. Es wird kein der

1) Vgl. MEHLER F., a.a.O., S. 167 ff.

2) Vgl. SCHNEIDER H.K., Der Prozeß der Zielbestimmung bei multiplen Entscheidungsträgern, in: BESTERS H. (Hrsg.), Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Berlin 1967, S. 41

wirtschaftlichen Wirklichkeit adäquates Erklärungsmodell von allen Instanzen akzeptiert¹⁾.

- b) Die Abstimmung des Zielsystems wird nicht durchgeführt und
- c) die Abstimmung der Ziele ist durch deren Inkompatibilität erschwert. Es ist weder eine simultane noch eine sukzessive Kompensation möglich²⁾.

Diese besonderen Probleme rechtfertigen daher ein eigenes Konzept zur Erklärung wirtschaftspolitischer Vorgänge bei multipler Trägerschaft.

1) Vgl. TINBERGEN J., a.a.O., S. 167 ff. und S. 204 und ALBECK H., a.a.O., S. 43 ff.

Vgl. KRÜGER R., Die Koordination von gesamtwirtschaftlicher, regionaler und lokaler Planung, Berlin 1969, S. 52

2) Vgl. BAUMGARTEN/MÜCKL, a.a.O., S. 13 und S. 43 f.

Vgl. TUCHTFELD E., Zielprobleme in der modernen Wirtschaftspolitik, Tübingen 1971, S. 33

5.2. Die Erklärung wirtschaftlicher Vorgänge bei multipler Trägerschaft

Wird die Vorstellung einer multiplen wirtschafts-
politischen Trägerschaft akzeptiert, so ergeben
sich daraus folgende theoretische Konsequenzen:

- a) Die Annahme einer passiven Umwelt muß aufgegeben werden.
- b) Es gibt keine frei manipulierbaren Instrumente.
- c) Das komplexe wirtschaftspolitische Geschehen kann durch eine einfache Input-Output-Beziehung nicht erklärt werden.
- d) Werden die exogenen Variablen als gegeben und relativ unproblematisch angesehen, so setzt man damit bei multipler Trägerschaft die Lösung des Koordinationsproblems voraus.

In Wirklichkeit divergieren aber die Interessen

der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger, ihre Zielvorstellungen werden nicht selten diametral entgegengesetzt sein. Damit kommt der Zielgrößenbestimmung bei dezentralisierten Systemen eine zentrale Bedeutung zu.

Aus diesen Gründen ist der Wirtschaftsprozess als ein Korrektur- und Anpassungsvorgang auf Einflüsse der verschiedenen Träger der Wirtschaftspolitik zu verstehen¹⁾.

Im Gegensatz zu diesem Erklärungsversuch wird bei den "fixed target policy models" hingegen die Festlegung der Ziele außerhalb des Modells durchgeführt. JOCHIMSEN hat diese Vorstellung, eine vollständige und konsistente Zielfunktion konstruieren zu wollen, als synoptische Idealvorstellung kritisiert²⁾.

Bei multipler Trägerschaft wird deshalb die Zielfestlegung als ein Prozeß, d.h. als ein Anpassungsprozeß unterschiedlicher Präferenzvorstellungen anzusehen sein, denn ein rational

1) Vgl. KADE G., HUJER R., IPSEN D., Kybernetik und Wirtschaftsplanung (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft), Bd. 125, Heft 1, 1969, S. 37

2) Vgl. JOCHIMSEN R., Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 99, Heft 1, 1967, S. 59

handelnder wirtschaftspolitischer Akteur wird beim Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente auf die Verhaltensweisen seiner "Gegenspieler" Rücksicht nehmen¹⁾. Mit anderen Worten an Stelle einer "autonomen Strategie" wird die wirtschaftspolitische Instanz eine "konjunkturale" Strategie anwenden.

Werden die Zielvorstellungen der anderen wirtschaftspolitischen Träger nicht in das wirtschaftspolitische Kalkül einbezogen, so ist die Effizienz des Einsatzes der Instrumente - außer bei Anpassungsverhalten aller wirtschaftspolitischen Gegenspieler - nicht festzulegen. Es entsteht eine Situation der rationalen Unbestimmtheit²⁾ und das Konformitätsproblem wird dadurch unlösbar.

Durch die konjunkturale Analyse ist die Erklärung der wirtschaftspolitischen Vorgänge nicht sofort ableitbar, sondern erst im Verlaufe eines Prozesses möglich, denn erst die Reaktion der "Gegenspieler" kann zur Klärung der realistisch möglichen Zielgrößen beitragen.

1) Vgl. BAUMGARTEN/MÜCKL, a.a.O., S. 13 und 43 f.

2) Vgl. GÄFGEN G., a.a.O. S. 176

Der Ausgangspunkt dieser Analyse ist die empirische Ermittlung der Präferenzen bzw. der Machtverhältnisse der verschiedenen Träger. Die empirische Ermittlung der Präferenzvorstellungen kann nicht die resultierende effektive gesamtwirtschaftliche Zielfunktion zum Gegenstand haben, sondern wird bei der Festlegung der Präferenzen der einzelnen Träger ansetzen und dann Prozesse der Zielfindung einführen.

Welche wirtschaftspolitischen Instrumente wirklich eingesetzt werden, hängt bei multipler Trägerschaft natürlich auch von verschiedenen Modellvorstellungen, aber in erster Linie von der Macht und den Präferenzvorstellungen der einzelnen Institutionen ab.

Wir wollen daher vorerst versuchen, die wirtschaftspolitische Macht der Institutionen zu operationalisieren. Neben der Machtanalyse ist aber dann noch die Analyse der Präferenzintensität und des Präferenzniveaus für den tatsächlichen Einsatz der Instrumente relevant.